

"Standardtest für Mandarin" heraus, der künftig nicht nur für Ausländer, sondern auch für Überseechinesen und Angehörige der nationalen Minoritäten, die das Han-Chinesisch zu erlernen haben, gelten soll (XNA, 21.2.90). -we-

*(26)

Erneut Gewinn des "Silbernen Bären" durch einen chinesischen Film

Der chinesische Film "Das Jahr des Unglücks" erhielt bei den 40. Internationalen Berliner Filmfestwochen, die am 20. Februar 1990 zu Ende gingen, den "Silbernen Bären". Insgesamt waren nicht weniger als 800 Filme im Wettbewerb, von denen 30 den "Goldenen" und den "Silbernen" Bären gewannen.

Schon vor zwei Jahren hatte der chinesische Streifen "Das rote Kornfeld" einen Preis in Berlin erhalten (XNA, 22.2.90). -we-

Außenwirtschaft

*(27)

Keine Gegengeschäfte mehr mit Sowjetunion und DDR

Die Sowjetunion, die DDR und die übrigen noch im RGW-Wirtschaftsblock zusammengeschlossenen Länder sind dabei, radikale Veränderungen im Außenhandel mit der Volksrepublik China durchzuführen. Der gesamte Handel wird von Barter-Verrechnungen auf normale Verkäufe umgestellt.

Anstelle der Absprachen der Außenhandelsministerien, die in Jahresprotokollen die Höhe des Warenaustausches zwischen der Sowjetunion und China sowie China und den anderen RGW-Ländern festgelegt hatten, werden künftig die Unternehmen in eigener Regie verhandeln. Die Umstellung ist für 1991 vorgesehen. Bilaterale Verträge über den Warenaustausch auf Barter-Basis sind im März 1990 noch zwischen der UdSSR und China auf der Ebene der Außenhandelsminister geschlossen worden. Von sowjetischer Seite war zu hören, es sei vereinbart worden, daß dies der letzte derartige Vertrag gewesen sei.

Die Schwierigkeiten im Außenhandel zwischen den Ländern des auseinanderbrechenden einstigen sozialistischen Blocks und China hatten sich mit dem Aufschwung des Handels nach der politischen Normalisierung teilweise drastisch erhöht. Importe aus der Sowjetunion haben die höchsten Zuwachsraten im gesamten Außenhandel Chinas mit Erhöhungen, die beispielsweise im Februar 1990 gegenüber dem gleichen Vorjahresmonat 58% betragen und einen Wert von 190 Mio. US\$ hatten.

Die Außenhandelsministerien hatten einheitlich eine von Moskau erfundene Formel zur Bewertung der Waren übernommen, die in der Praxis freilich zu Verzerrungen bei den Preisen führte. Dieser Formel zufolge wurden die Preise für Warenlieferungen, die ministeriell zwischen der Volksrepublik China und den RGW-Ländern vereinbart wurden, auf der Basis des Schweizer Franken kalkuliert. Dies war schon schwierig bei Rohstofflieferungen, wurde doch ein Weltmarktpreis in Rechnung gezogen, der auf Jahresdurchschnittswerten der Vorjahre kalkuliert wurde. Das hatte zur Folge, daß hohe Preise selbst in den Jahren verlangt wurden, in denen beispielsweise die Ölpreise schon gesunken waren.

Größere Schwierigkeiten entstanden jedoch bei der Festlegung von Maschinen oder Anlagen, die keinen Weltmarktpreis hatten, da etwa von der UdSSR an China gelieferte Maschinen sonst nirgendwo auf der Welt zu verkaufen waren. Von sowjetischer Seite war zu hören, daß die Preisfestlegung solcher Produkte in der Vergangenheit zähe Verhandlungen erforderte. Dabei wurden politische, aber wenig Rücksichten auf die Kombinate genommen, die an China liefern mußten, was die Minister ausgehandelt hatten.

Im Falle der DDR waren es in China vor allem Nutzkraftwagen, Landmaschinen, Schienenfahrzeuge für die chinesischen Eisenbahnen, aber auch Druckmaschinen und Chemieanlagen. Als Gegenwert lieferte China Textilien (über 50% der Exporte Chinas in die DDR) und Agrarprodukte wie Reis. Die Clearing-Stellen sorgten für den Handelsausgleich. Die Außenhandelsbetriebe der DDR, die die Kombinate und damit die Hersteller vertraten, waren praktischerweise gleich unter dem Dach der Botschaft angesiedelt.

Dieses System soll nun auch geändert werden, was etwa bundesdeutschen Firmen die Chance geben dürfte, DDR-Betriebe in Beijing und anderen Städten direkt zu vertreten. Chinas stellvertretender Außenhandelsminister, Li Lanqing sagte, die Umstellung werde wahrscheinlich eine kurzfristige Reduzierung des Handels mit sich bringen, aber langfristig zur besseren Einbeziehung der Wirtschaft Chinas, der UdSSR und der übrigen sozialistischen Länder in den Welthandel führen. (HB, 5.4.1990) -lou-

*(28)

Schulden wahrscheinlich höher als offiziell angegeben

Chinesische Unternehmen und ihre ausländischen Joint Venture-Partner haben wahrscheinlich in den letzten zehn Jahren ca. 70 Mrd. US\$ an von der Regierung garantierten Krediten aufgenommen. Diese Information stammt von einer internen chinesischen Studie, deren Inhalt von einem hohen Kader weitergegeben worden sein soll.

Nach Angaben dieses Kadres bedeutet dies, daß die bislang angegebene Verschuldungssumme in Höhe von rd. 44 Mrd. US\$ kräftig nach oben korrigiert werden muß. Zwar soll ein Teil dieser Schulden bereits zurückgezahlt worden sein, doch die Schuldensumme würde vermutlich immer noch jene offiziell angegebenen 44 Mrd. US\$ überschreiten.

Im Jahre 1992 sollen allein 10 Mrd. US\$ an Rückzahlungen und Zinsen fällig werden. Falls einige der Schulden von den betroffenen Unternehmen nicht zurückgezahlt werden können, müßte die Regierung eintreten, da sie ja diese Schulden garantiert hat.

Der Kader erklärte, daß die Regierung das Schuldenproblem als ein gravierendes Problem erkannt habe. Im Jahre 1989 sei eine Studiengruppe zusammengestellt worden, die die Untersuchung durchgeführt habe. Die Regierung habe nun entschieden, daß die Kontrolle über die mit Auslandskrediten verbundenen Garantien verstärkt werden solle.

Am 19.4. gab die Regierung die Namen von zehn Finanzorganisationen bekannt, denen es erlaubt sei, auslän-

dische Kredite aufzunehmen. Diese Institutionen sind: Bank of China, China Investment Bank, Communications Bank of China, Fujian Investment Enterprises Corp. sowie China International Trust and Investment Corp. (CITIC) und deren Filialen in Shanghai, Guangdong, Hainan, Tianjin sowie Dalian. Andere Organisationen, die Kredite aufnehmen wollen, müssen zunächst eine Genehmigung der Volksbank einholen.

Ein Ziel der Untersuchung sei es gewesen, festzustellen, welcher Teil der Garantien für Investitionen der Chinesen im Ausland bestimmt sei. Einige ausländische Bankiers hatten bereits vor längerem darauf hingewiesen, daß die offiziell bekanntgegebene Schuldensumme der Volksrepublik nur einen Teil des Bildes zeige. Alle von chinesischen Unternehmen aufgenommenen und garantierten Kredite hätten einbezogen werden müssen - nicht nur die direkt von der Regierung aufgenommenen Kredite.

Die Schuldensituation hat dazu geführt, daß die Volksrepublik die Einfuhren drastisch reduziert hat. Im 1. Quartal des Jahres 1990 wurde auf diese Weise ein Handelsbilanzüberschuß von 1,63 Mrd.US\$ ausgewiesen. Zum Vergleich: Im 1. Quartal 1989 hatte China noch ein Defizit von 1,2 Mrd.US\$ aufzuweisen. Die Importe sollen im 1. Quartal 1990 etwa 7,32 Mrd.US\$ ausgemacht haben, während die Exporte auf 8,95 Mrd.US\$ gesteigert werden konnten. Die Exporte konnten von der im Dezember 1989 vorgenommenen Abwertung des Yuan um ca. 21% profitieren. Bei den Importen seien, chinesischen Quellen zufolge, die Einfuhren "teurer Konsumgüter", von Maschinen und elektronischen Gütern unter Kontrolle gebracht worden. (IHT, 20.4.1990; NZZ, 13./14.4.1990) -lou-

*(29)

Wieder Hermes-Bürgschaften

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland will wieder Bürgschaften für Exportkredite im Geschäft mit der Volksrepublik China vergeben. Jegliche Bürgschaftsvergabe war nach den blutigen Ereignissen im Sommer 1989 in Abstimmung mit den Regierungen der Europäischen Gemeinschaft eingestellt worden. Der Bundestag hatte mit

einer Entschließung bekräftigt, daß weder Bürgschaften vergeben noch neue Entwicklungshilfe geleistet werden dürften.

In der Bürgschaftspraxis für das Chinesengeschäft ist allerdings eine Sonderregelung vorgesehen. Von Fall zu Fall soll entschieden werden, ob Bürgschaften bewilligt werden können. Das wird vom Wirtschaftsministerium und vom Entwicklungsministerium bestätigt, in jedem Fall soll offenbar auch in den zuständigen Ausschüssen des Bundestages zurückgefragt werden. Im Bundestag hatte es bisher keine Mehrheit gegeben, von der China-Resolution abzuweichen. In Bonn wird jedoch darauf hingewiesen, daß die Resolution selbst die Rückkehr zu einer Bürgschaftsvergabe zulasse, wenn es in Abstimmung mit der Europäischen Gemeinschaft geschehe. Die übrigen Partnerländer hatten jedoch nach und nach wieder Bürgschaften gewährt.

Der Vorsitzende des Arbeitskreises China im Ostausschuß der deutschen Wirtschaft, Heinrich Weiss, wies darauf hin, daß die Bundesrepublik bisher mit der Aufrechterhaltung der Sanktionen allein gestanden habe. Die Vereinigten Staaten und Japan hätten schon im vergangenen Spätsommer sowohl Exportgeschäfte mit China als auch Kooperationen und Gemeinschaftsunternehmen gefördert.

Die nur nicht für die deutsche Exportwirtschaft gelockerten Restriktionen hatten nach Angaben von Weiss bereits die Wirkung, daß der deutsche Anteil am internationalen Chinesengeschäft spürbar zurückgegangen sei. Es habe noch vor zwei Jahren einen stolzen Marktanteil von mehr als 50% gegeben, der jetzt bei 34-40% liegen dürfte.

Ohne Hermes-Bürgschaften könnten Großgeschäfte kaum abgewickelt werden. Aus einer repräsentativen Umfrage bei Unternehmen, die in China tätig sind, heißt es, daß das Geschäft etwa gleichgewichtig durch die Maßnahmen zur Konjunkturdämpfung in der Volksrepublik und durch die Sanktionen erschwert worden sei. Die meisten Unternehmen äußerten sich indes optimistisch hinsichtlich der weiteren Wirtschaftsbeziehungen mit China. Sie wollen sich nicht zurückziehen. Ein großer Teil der befragten Unternehmen will sogar die Aktivitäten bei einer Konsolidierung der wirtschaftlichen Lage in China verstärken. (FAZ, 7.4.1990) -lou-

*(30)

VW baut Produktion in China aus

Die Shanghai Automotive Company Ltd. (SVW), das größte deutsch-chinesische Joint Venture, hat zwei weitere Produktionsanlagen bei Shanghai in Betrieb genommen. Die Gesamtinvestitionen für das Werk in Anting, wo schon seit 1985 serienmäßig das VW-Modell Santana gebaut wird, gab der VW-Vorstandsvorsitzende Carl Hahn bei der Einweihung des neuen Großpressenwerks und der Motorenfertigung mit rd. 500 Mio.DM an.

Die Volkswagen AG trägt laut Hahn mit diesem und anderen Projekten zum Aufbau einer nationalen chinesischen Autoproduktion bei. Der chinesische Anteil an der Santana-Produktion werde sich mit den beiden neuen Fertigungsbereichen von derzeit 33% bis Ende 1990 auf über 50% erhöhen und solle bis 1992 auf über 80% steigen. Mit den Fertigungsbereichen Preßwerk, Rohbau, Lackiererei und Endmontage seien die technischen Kapazitäten zur Fertigung von 60.000 Fahrzeugen jährlich ausgelegt. Gegen Jahresende werde die Getriebeproduktion in China folgen, zu einem noch späteren Zeitpunkt auch die Herstellung der Achsen.

Im neuen Motorenwerk ist nach Hahns Angaben die Fertigung von 100.000 Rumpfmotoren jährlich vorgesehen. Beginnend mit ersten Lieferungen Ende 1990 sollen später bis zu 80.000 dieser Motoren jährlich exportiert werden. Die SVW, an der VW mit 50% beteiligt ist, sei damit das erste Unternehmen, das ein hochwertiges industrielles Aggregat für den Automobilbau aus der Volksrepublik China exportieren werde. An der SVW sind auf chinesischer Seite die Shanghai Tractor and Automobile Corp. (STAC) mit 25%, die Bank of China/Shanghai Trust and Consulting Company mit 15% sowie der Dachverband der chinesischen Automobilindustrie mit 10% beteiligt. Seit Beginn der Probemontage im Jahre 1982 wurden rd. 60.000 Santana gebaut.

Zu den weiteren Vorhaben, mit denen VW China zu einem "Brückenkopf" im südostasiatischen Raum ausbauen will, zählt neben dem Santana-Projekt in Shanghai die 1988 aufgenommene Audi-100-Montage, zusammen mit den First Automobile Works in Changchun

(Nordchina). 1990 sollen dort in Lizenz 6.000 Fahrzeuge aus Teilesätzen montiert werden, die aus der Bundesrepublik eingeführt werden. Ab 1995 sollen rd. 30.000 Audi 100 jährlich gefertigt werden.

Für den Herbst 1990 hat VW die Gründung eines Joint Venture mit den First Automobile Works angekündigt, das bis 1995 insgesamt 1,5 Mrd. DM in Anlagen für die Produktion eines neuen Typs der Golf-Jetta-Klasse investieren soll. Anfang 1991 wollen die Partner mit einer Fertigung von zunächst 2.500 Teilesätze beginnen. In der Endstufe sollen ab 1996 pro Jahr 150.000 VW vom Band laufen. Ein Teil sei für den Export bestimmt.

In der Planung ist nach Angaben von VW auch die Übernahme einer Beteiligung an der Shanghai Car Plant, in der das technisch veraltete Modell Shanghai gebaut wird. VW wolle dabei das Kombi-Modell Passat Variant anbieten. (NZZ, 20.4.1990) -lou-

*(31)

Volksbank strebt stärkere Rolle im internationalen Finanzmarkt an

Nach Aussagen von Chen Yuan, dem Vize-Gouverneur der Volksbank, sei die Bank nun bereit, weitere Verbindungen mit internationalen Finanzinstitutionen einzugehen. Die in Erwägung gezogenen Maßnahmen schließen die weitere Expansion zum Westen ein; des weiteren will die Bank sich aktiv an verschiedenen internationalen Finanzkonferenzen beteiligen sowie Niederlassungen gründen.

In der Bank würde nun letzte Hand angelegt an Chinas erstem Bankengesetz; dies soll noch in diesem Jahre fertiggestellt sein. Nach Aussagen von Chen bestehe gegenwärtig ein Hindernis für die Expansion ausländischer Banken in China darin, daß es in der Volksrepublik nicht genug Regeln gebe, die mit den internationalen Finanzgesetzen kompatibel sind. Es werde jedoch noch langer Prozeduren bedürfen, um ausländischen Banken zu erlauben, Niederlassungen außerhalb der Sonderwirtschaftszonen zu gründen.

Gegenwärtig ist es ausländischen Handelsbanken nur erlaubt, in Devisen zu handeln und Devisenkredite für Joint Ventures zur Verfügung zu stellen. Die

Banken haben die chinesische Regierung immer wieder gedrängt, ihnen die Genehmigung zu erteilen, Niederlassungen in den Inlandsprovinzen zu gründen und in der Landeswährung Geschäfte abwickeln zu können.

Gegenwärtig hätten ausländische Finanzinstitutionen 209 ständige Büros in 14 chinesischen Städten errichtet. Sie vertreten 96 ausländische Banken und 24 andere Finanzinstitutionen aus 26 Ländern und Regionen. Die Volksbank hat zusätzlich die Errichtung von zwei Finanzinstitutionen in Form von Joint Ventures genehmigt - eine Joint-Venture-Bank in Xiamen sowie eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft in Shenzhen.

Chen erklärte, daß China im Internationalen Währungsfonds die neuntgrößten Anteile halte, in der Weltbank halte es den 16. Rang. In der Asiatischen Entwicklungsbank halte China die drittgrößten Beteiligungen. Die Volksbank habe ständige Verbindungen mit den wichtigsten europäischen und asiatischen Banken geknüpft, beispielsweise auch mit der in Brüssel ansässigen Bank für Internationalen Zahlungsausgleich. Es sollen weiterhin offizielle Verbindungen mit wichtigen Banken in lateinamerikanischen Ländern, wie z.B. mit der Panamerikanischen Entwicklungsbank sowie der Karibischen Entwicklungsbank, aufgenommen werden.

Die Volksbank wird versuchen, eine Public-Relations-Kampagne im Ausland zu starten, um die "Mißverständnisse" einiger ausländischer Bankiers über die chinesische Finanzsituation nach dem 4. Juni 1989 zu klären.

China sei bereits einer der größten Kreditnehmer der Weltbank. Gegen Ende des Jahres 1989 hatte China von der Weltbank Kredite im Werte von 8,6 Mrd. US\$ aufgenommen. Im Jahre 1989 erhielt die Volksrepublik fast 500 Mio. US\$ von der Asiatischen Entwicklungsbank.

Fünf führende Banken in der Volksrepublik werden im Jahre 1990 Anleihen in Höhe von insgesamt 7 Mrd. Yuan begeben, um die in diesem Jahre fällig werdenden internen Rückzahlungen leisten zu können. Anleihen in Höhe von 5 Mrd. Yuan werden begeben, um Geld aufzubringen, das für die Rückzahlung von Papieren benötigt

wird, die fällig werden. Der Rest soll genutzt werden, um Mittel aufzubringen für die speziellen Kredite des Landes. Anleihen mit Laufzeiten von einem bis drei Jahren richten sich an Private sowohl in den ländlichen als auch in den städtischen Gebieten. Jene Anleihen mit einjähriger oder zweijähriger Laufzeit sind mit einem Zinssatz ausgestattet, der 2 Prozentpunkte höher ist als für Sparkonten in den Banken. (CD, 1.4.1990) -lou-

Binnenwirtschaft

*(32)

Privatwirtschaft soll wieder wachsen

Höhere Kader, die für den individuellen und privaten Bereich der Wirtschaft verantwortlich sind, teilten der Zeitung *China Daily* mit, daß die Regierung bald eine Serie von Maßnahmen und Regeln beschließen werde, die darauf abzielten, den Wirkungsbereich der Privatwirtschaft zu spezifizieren. Einige Wirtschaftspolitiker erklärten auch, daß die Regierung bald die enge Kontrolle gegenüber der Privatwirtschaft lockern werde, um dieser mehr Raum zu geben.

Seit Ende des Jahres 1988, als die Regierung mit ihrem Sparprogramm begann, sank die Zahl der individuellen und selbständigen Unternehmen beträchtlich. Die Statistiken wiesen ein Absinken um 14% hinsichtlich der Anzahl der individuellen Unternehmen aus - von 14,5 Mio. am Ende des Jahres 1988 auf 12,4 Mio. am Ende des Jahres 1989. Mehr als 3 Mio. selbständige Geschäftsleute gingen während dieser Periode in Konkurs. Ihre Zahl sank um 16,4% auf 19,32 Mio.

Die private Wirtschaft im Baugewerbe bzw. im Transportwesen ist am härtesten getroffen worden, und zwar wegen der Kürzungen bei den Investbauinvestitionen sowie den Bauprojekten.

Der gesamte Bruttoproduktionswert für 1989 für diesen Bereich nahm um 6% auf 55 Mrd. zu; die Umsätze stiegen um 13% auf 135,3 Mrd. Yuan.

Es wird erwartet, daß der Staatsrat bald zwei Verordnungen ratifiziert, die den Geschäftsbereich festlegen, in de-